

Anwesende:

Ausschussvorsitzende:

Staß, Brigitte SPD

weitere Ausschussmitglieder:

Fera, Pia CDU
Galvagno, Lisa CDU
Reinhardt, Randoald CDU
Schich-Kiefer, Ingrid CDU
Catalani-Wilhelm, Luciana SPD
Rothmüller, Josef SPD
von Fumetti, Christoph GRÜNE
Vetter, Burkhard FDP
Kahnt, Rolf, MdL AfD
Öhlenschläger, Walter FREIE WÄHLER (bis ztw. TOP 6 anwesend)

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Elzer, Thomas ALB in Vertretung für Gathmann, Ingrid
Dr. Schwarz, Bruno DIE LINKE. in Vertretung für Bahl, Sascha

Kreistagsvorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

stellvertretende Kreistagsvorsitzende:

Berg, Evelyn GRÜNE (bis ztw. TOP 6 anwesend)

Fraktionsvorsitzende:

Stephan, Peter CDU stellvertretend für Oehlenschläger, Volker
Fiedler, Josef SPD (bis TOP 2 anwesend)
Hörst, Christopher FDP

Kreisausschuss:

Engelhardt, Christian Landrat
Stolz, Diana Erste Kreisbeigeordnete
Krug, Karsten hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Behrendt, Katharina Abt. Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
(bis TOP 2 anwesend)
Lannert, Mathias Abt. Finanzen und Controlling
Bickelhaupt, Reinhold Abt. ÖPNV (bis TOP 2 anwesend)
Löchelt, Alexandra FB Senioren / Pflegestützpunkt (bis TOP 5 anwesend)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene Fachbereich Kreisgremien

Die Ausschussvorsitzende, Frau Kreistagsabgeordnete Staß, eröffnete um 17:00 Uhr die 18-023. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Kreiskrankenhaus Bergstraße - Abschluss Zukunftssicherungsvereinbarung Vorlage: 18-1783

Herr Landrat Engelhardt berichtete zunächst über den Stand der Verhandlungen mit dem Universitätsklinikum über die Zukunftssicherungsvereinbarung für das Kreiskrankenhaus. Die Verhandlungen seien im Endstadium, so dass ggf. bis zur Sitzung des Kreistags oder schon zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses der finale Entwurf der Vereinbarung vorgelegt werden könne.

Bei der anschließenden Aussprache gab es Fragen und Anmerkungen insbesondere zu den Mitwirkungsrechten des Kreises, Behandlung der Vereinbarung in den Gremien, Auswirkungen eines neuen medizinischen Konzepts, Investitionsständen, sowie klimarelevanten Auswirkungen, zu denen Herr Landrat Engelhardt und Frau Erste Kreisbeigeordnete Stolz Auskünfte gaben und Stellung nahmen.

Lob aus dem Ausschuss gab es insbesondere für die Einbindung der Fraktionsvorsitzenden in den Verhandlungsprozess.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste abschließend folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag des Kreises Bergstraße ermächtigt den Kreisausschuss, sämtliche Rechtshandlungen und Maßnahmen bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen vorzunehmen, die zur rechtswirksamen Umsetzung der Zukunftssicherung der strategischen Partnerschaft mit dem Universitätsklinikum Heidelberg erforderlich sind. Dabei sollen jedoch die folgenden Maßstäbe zu Grunde gelegt werden; wobei der Kreisausschuss zweckmäßige Änderungen umsetzen kann, soweit deren rechtlicher und wirtschaftlicher Gehalt nicht wesentlich geändert wird:
 - a) Der Kreis verpflichtet sich gegenüber der Kreiskrankenhaus Bergstraße GmbH (KKB GmbH) sowie gegenüber dem Universitätsklinikum Heidelberg (UK Heidelberg), die Durchführung der Generalsanierung der KKB GmbH mit finanziellen Mitteln bis zu einem Betrag in Höhe von insgesamt 50.000.000 Euro (in Worten: fünfzig Millionen Euro) durch Zahlung an die KKB GmbH zu fördern. Die erforderliche Generalsanierung wird dabei im Einvernehmen mit dem UK Heidelberg von einer umfassenden Weiterentwicklung des Standortkonzeptes zur Stärkung des Kreiskrankenhauses flankiert.

- b) Die unter a) genannte Zuwendung dient nicht der Deckung operativer Defizite der KKB GmbH. Darüber hinaus soll eine Verpflichtung der strategischen Partner zur Erbringung von Investitionskosten in Höhe von mindestens 108 Millionen Euro festgelegt werden; wobei der Anteil des Kreises hieran sich auf den unter a) genannten Betrag beschränkt. Ermäßigen sich die veranschlagten Gesamtausgaben der Generalsanierung, erhöhen sich die vorhandenen Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend. Darüber hinaus darf die Zuwendung erst in Anspruch genommen werden, wenn zur Finanzierung der Generalsanierung keine Fördermittel, oder eine Fremdfinanzierung mehr vorhanden ist oder eine Auszahlung der Zuwendung nicht erlangt werden kann.
 - c) Die durch den Kreis Bergstraße an die KKB GmbH ausgezahlten finanziellen Mittel qualifizieren bis zu ihrer Umwandlung in Eigenkapital als unverzinsliche befristete Darlehensforderungen des Kreises Bergstraße gegenüber der KKB GmbH. Des Weiteren sind etwaige sich aus der Zukunftssicherungsvereinbarung ergebende Ansprüche des Kreises Bergstraße im Liquidationsfall vorrangig zu erfüllen; unabhängig von der Verteilung der Geschäftsanteile und Gesellschafterrechte. Darüber hinaus ist die unter a) genannte Zuwendung angemessen abzusichern.
 - d) Der Kreistag bekundet sein Einverständnis an einer möglichen Umfirmierung der KKB GmbH zum „Klinikum Bergstraße des Universitätsklinikums Heidelberg“.
 - e) Die Zukunftssicherungsvereinbarung ersetzt oder ändert andere zwischen den Parteien einzeln oder gemeinsam bestehende Vereinbarungen nur, soweit dort ausdrücklich etwas Anderes geregelt ist.
 - f) Die bisher von der UK Heidelberg bereit gestellten Mittel verbleiben zur Liquiditätssicherung in der KKB GmbH.
2. Der Kreistag beschließt, die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro für die Haushaltsjahre 2021 ff. zu veranschlagen; wobei die Generalsanierung nach Möglichkeit bis spätestens Ende 2026 abgeschlossen sein soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

Punkt 2: Erweiterung von Kapazitäten in der Schülerbeförderung im Rahmen der Corona-Pandemie Vorlage: 18-1782

Nach ergänzenden Erläuterungen zur Vorlage von Herrn Kreisbeigeordneten Krug und kurzer Aussprache fasste der Ausschuss für Schule und Soziales folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Sitzung wurde um 18:35 Uhr durch die Ausschussvorsitzende geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Staß

Ausschussvorsitzende

gez. Schüßler

Schriftführerin